

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

**Punkt 13 der Tagesordnung: Fortschreibung des Flächennutzungsplans -
Schwerpunkt Gewerbe, Stadt Karlsruhe**

Vorlage: 2013/0227

dazu:

- **Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Ute Leidig (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, der Stadträtin Doris Baitinger und des Stadtrats Michael Zeh (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion, der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer (KAL) sowie der KAL-Gemeinderatsfraktion, der Stadträtin Sabine Zürn und des Stadtrats Niko Fostiropoulos (Die Linke) sowie des Stadtrats Jürgen Wenzel (FW) vom 14. Februar 2014
Vorlage: 2014/0413**
- **Gewerbeflächenausweisung Obere Kohlplatte
Änderungsantrag der Stadträtin Bettina Lisbach, der Stadträte Johannes Honné und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 17. Februar 2014
Vorlage: 2014/0415**
- **Ergänzungsantrag der Stadträtin Doris Baitinger, der Stadträte Jürgen Marin und Michael Zeh (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 17. Februar 2014
Vorlage: 2014/0416**
- **Änderungsantrag der Stadträtinnen Gabriele Luczak-Schwarz, Isolde Hal-ler, Christa Köhler, Bettina Meier-Augenstein und Karin Wiedemann, der Stadträte Thorsten Ehlgötz, Dr. Klaus Heilgeist, Detlef Hofmann, Dr. Al-berth Käuflein, Johannes Krug, Sven Maier, Dr. Thomas Müller, Tilman Pfannkuch und Rainer Weinbrecht (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 18. Februar 2014
Vorlage: 2014/0418**

**Beschluss (modifiziert durch die Abstimmung zu den einzelnen Änderungsan-
trägen):**

1. Der Gemeinderat nimmt die Empfehlungen der Planungsstelle des Nachbar-schaftsverbandes Karlsruhe zu den Karlsruher Prüfflächen "Gewerbe" in der Vor-lage des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe und die Voten der verschieden vor-

beratenden Gremien der Stadt Karlsruhe - beides modifiziert durch die Abstimmungen zu den heutigen Anträgen - zur Kenntnis.

2. Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung ergänzend den Auftrag, auf dieser Basis Verhandlungen über interkommunale Kooperationen mit Nachbargemeinden zu führen.
3. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, die Position der Stadt Karlsruhe auf der Grundlage der heutigen Beschlusslage in die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung zur modifizierten Beschlussvorlage.

Gemeinsamer Änderungsantrag GRÜNE, SPD, KAL, Die Linke, FW: Zugestimmt

Änderungsantrag GRÜNE: Zugestimmt

Ergänzungsantrag SPD: Zugestimmt

Änderungsantrag CDU: Ziffer 1 abgelehnt, Ziffer 2 zugestimmt

Der Vorsitzende setzt um 18:27 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 13 sowie die dazu eingegangenen Änderungsanträge zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Es dauert noch einen kleinen Moment, der Beamer fährt hoch. Ich darf die Zeit überbrücken und feststellen, dass Herr Stadtrat Hock sich als befangen erklärt hat und dass wir in der anschließenden Debatte sowohl die Beschlussvorlage der Verwaltung als auch die vier Änderungsanträge bzw. Ergänzungsanträge gemeinsam diskutieren wollen.

Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner (mit Beamerunterstützung): Die Konzeption ist bereits in vielen Ausschüssen vorgestellt worden. Sie alle wissen, dass die Gewerbeflächenplanung auf der Basis der 2011 erstellten Gewerbeflächenstudie der CIMA/Planquadrat erstellt wurde, deren Ergebnisse der Planungsausschuss und der Ausschuss für Wirtschaftsförderung am 15. Februar zur Kenntnis nahmen. Daraus geht hervor, dass in Karlsruhe rein quantitativ kein Bedarf besteht. Die bestehenden FNP-Potentiale befinden sich an der falschen Stelle. Sie kennen die Darstellung, wo wir sagen: Von Westen nach Osten sollen die Flächen verlagert werden.

Deshalb sind die künftig nachgefragten Standorte - neben den klassischen Gewerbegebieten mit etwa 38 % - vor allem Bürostandorte, auch in urbanen Lagen. Sie sehen die klassischen Gewerbegebiete mit 38 %, die Bürostandorte mit 42 %, die urbanen Standorte, auch im Hinblick auf die Verzahnung von Arbeiten und Wohnen mit 17 %. Der größte Teil liegt in diesem Bereich. Darum hatten Sie uns gebeten, einmal Beispiele zu zeigen, wie diese "urbanen" Standorte in Karlsruhe bereits Bestandteil der Ansiedlungspolitik sind, der Städtebaupolitik insgesamt und wie hier auch zukünftig noch hohe Nachfrage besteht. Im FNP sollen deshalb diese Potentiale in diesem Sektor bereitgestellt werden.

Sie sehen auch aktuelle Beispiele, die sich zum Teil in ihrer Körnung und Dichte gar nicht wesentlich vom Wohnen unterscheiden, und deshalb auch mit hohen Nutzungen in Quartieren sehr gut zu kombinieren sind.

Ziel der FNP-Fortschreibung ist es deshalb, dass wir andenken, Flächen aus dem westlichen Teil in den östlichen Teil quantitativ zu verlagern. Daraus ergeben sich aber relativ viele Probleme, die sich in dieser Prüfflächenkulisse dargestellt haben, die Sie dann wieder im Einzelnen beraten haben. Dieser Prüfflächenkulisse liegen Steckbriefe zugrunde, die diesen Planungsansatz möglich machen sollen.

Sie sehen Karlsruhe-Nord, Karlsbad, denn auch dieser interkommunale Ansatz ist ein ganz wesentlicher. Hierzu haben Sie im Einzelnen beraten.

Ich gehe noch einmal auf die kritischen Punkte ein:

Im Bereich Karlsruhe-Nordost werden aus planerischer Sicht diese Flächen empfohlen zur Verstärkung des Gewerbestandortes Karlsruhe insgesamt. Es stehen aber - das ist vielfach in den Ausschüssen diskutiert worden - Belange des Landschaftsschutzes und der Regionalplanung entgegen und müssten dann in dem weiteren Prozess - auch hier stehen wir vor der öffentlichen Auslegung - abgewogen und noch einmal von den Trägern öffentlicher Belange beurteilt werden.

Dass es insgesamt eine gemeinsame Entwicklung geben soll, auch vor dem Hintergrund, insbesondere in einen interkommunalen Prozess und ein interkommunales Konzept einzusteigen, ist der Grund, weshalb wir empfehlen, diese Flächen trotz der Bedenken in der Prüfkulisse zu belassen. Wir stehen hier nicht vor dem Satzungsbeschluss bzw. vor der Verabschiedung des Flächennutzungsplanes, sondern erst vor der öffentlichen Auslegung.

Sie haben hier zwei Flächen gekennzeichnet, die - Sie kennen es gut - ohnehin erhebliche Bedenken auslösen und deshalb aus dieser Kulisse schon herausgenommen sind. Wenn jetzt - so wie es der Antrag wünscht - diese verbleiben und auch aus der Prüfkulisse herausgenommen werden, dann hätten wir an dieser Stelle keinerlei Flächen zur Entwicklung.

Ein weiterer Standort ist der Standort in Wettersbach, Karlsbad, und zwar genau in dieser Verknüpfung. "Im Steinig" ist eine Fläche, die auf Karlsbader Grund zur Verfügung steht. Die Überlegung besteht darin, die bereits im FNP vorgesehene Fläche auf Karlsruher Gemarkung zu erweitern durch die "Obere Kohlplatte", und diesen Bereich insgesamt aber durch einen Grünzug und ein Gliederungsgrün von der vorhandenen Siedlungsfläche abzutrennen und damit zu differenzieren. Insgesamt könnte man sich vorstellen, dass man auf diese Fläche reduziert, um die Gesamtfläche nicht über Maßen zu beanspruchen und auch die Belange der Landschaftsplanung entsprechend einfließen zu lassen.

Eine weitere Fläche, die erst später in die Prüfkulisse hinein kam, ist der Bereich Wolfartsweier, "Im Horbenloch", mit einer Anbindung an die A 8. Diese Anbindung sieht

grafisch so aus, als sei sie einfach herzustellen. Ein Zufahrtsverkehr müsste aber durch Wolfartsweier hindurch fahren, so dass auch hier durchaus schwierige Erschließungssituationen zu erwarten sind.

Dies ist die Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Ausschüssen. Sie sehen, dass die Ausschüsse sich in großem Umfang negativ zu einzelnen Flächen geäußert haben, und nur wenige Flächen in dieser gesamten Kulisse drin bleiben, die aber heute kaum wirklich erschlossen werden können, so dass es auf zeitliche Perspektiven hinaus läuft, die wenig diskutabel sind, um kurzfristig auch den Firmen, die sich in Karlsruhe ansiedeln wollen, entsprechende Flächen zur Verfügung zu stellen.

Die Idee ist auch, dass Tauschflächen im interkommunalen Verband zur Diskussion gestellt werden und damit dieses Konzept aufgelegt wird. Da gibt es natürlich von den beteiligten Kommunen erhebliche Bedenken. Aber wir stellen dieses Konzept deshalb vor, weil natürlich keine Möglichkeit besteht, überhaupt in diese Diskussion einzusteigen, wenn wir keine Flächen im Flächennutzungsplan haben. Das ist übergeordnet natürlich das eigentliche Ziel.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung, welche Prüfflächen kurzfristig noch durch die Anträge zur Diskussion gestellt werden. Da gibt es eine fraktionsübergreifende Stellungnahme. Bis auf die CDU haben alle Fraktionen gefordert, dass der "Elfmorgenbruch Nord", "Untere Hub", "Büchenauwiesen" und "Herdwegwiesen" nicht weiterverfolgt werden. Das sind die Flächen, die ich Ihnen eben dargestellt und schrittweise aus dieser Kulisse herausgenommen hatte. Weiter geprüft werden sollen der "Gleisbahnhof Süd" und das "Güterbahngelände Fautenbruchstraße". Das sind die Flächen, die ich angesprochen hatte, die sehr langfristig überhaupt verfügbar sind und deshalb für eine heutige Diskussion wenig relevant sind. Der dritte Satz war eher eine redaktionelle Bitte, dass "die Stadt Karlsruhe im nächsten Schritt die Notwendigkeit für bis zu 34,8 ha Varianten darzustellen und diese vertiefend zu untersuchen", nicht verfolgt werden soll. Das ist dann die Konsequenz. Wenn man sagt: Alle Flächen sollen herausgenommen werden, dann habe ich natürlich auch keine Flächen mehr, die ich diskutieren kann.

"Im Horbenloch" in Wolfartsweier, das ist die Fläche, die ich Ihnen zum Schluss gezeigt habe, soll weiter geprüft werden. Das ist Bestandteil des SPD-Antrags. Die Grünen haben noch einmal gebeten, die "Obere Kohlplatte" in Wettersbach nicht weiterzuprüfen. Die CDU bittet, die Bereiche "Bellenäcker", "Distelgrund", "Hörgel", "MIRO Erweiterung", "Knielingen-West I und II" weiter zu prüfen, d. h. dass wir jetzt doch wieder den Schwerpunkt im westlichen Teil der Gesamtmarkung hätten.

Damit möchte ich schließen und beantworte gerne noch Ihre Fragen.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Ich glaube, das hat uns jetzt noch einmal einen schnellen und guten Überblick gegeben über das, was wir heute diskutieren. Ich verhehle nicht, dass die Stadtverwaltung und ich Ihnen heute empfohlen haben, auch Flächen, die in den vorbereitenden Gremien als politisch derzeit und auch möglicherweise auf lange Zeit nicht durchsetzbar ausgewiesen wurden, weiter in dieser Flächenkulisse zu belassen, vor dem

Hintergrund, dass es heute um einen Zwischenschritt geht und nicht die endgültige Aufstellung des Flächennutzungsplanes Gewerbe im Nachbarschaftsverband beinhaltet. Wenn wir allerdings gemeinsam erkennen, dass wir nicht die Flächengrößen ausweisen können, die uns aber vom Kontingent her eigentlich zustehen, dann brauchen wir Tauschflächen, um mit anderen Kommunen über die Sinnhaftigkeit interkommunaler Lösungen zu diskutieren. Das ist deswegen interessant, weil wir Kommunen im Umfeld haben, die mehr Flächen an den Markt des Gewerbes bringen könnten, als ihnen von den Kontingenten her zustehen. Das ist dann eine interessante Diskussion, wie wir diese gemeinsame Situation in beiderseitigem Vorteil nutzen können.

Zu den Anträgen, die jetzt gestellt worden sind, würde ich Ihnen vorschlagen, dass ich nachher zunächst die Ziffer 2 des CDU-Antrags aufrufe, die ein Verfahrensvorschlag ist, nämlich alle Flächen einzeln zur Abstimmung zu stellen. Die würden wir dann der Reihe nach, so wie sie auf der Übersicht stehen, abarbeiten, hätten damit im wesentlichen auch alle anderen Anträge von der inhaltlichen Art erledigt. Ich stelle diesen Verfahrensantrag an den Anfang der Abstimmung und gehe dann anschließend entweder alle Anträge durch oder wir gehen alle Flächen durch. Dann hätten wir im Grunde alle Anträge gebündelt und bräuchten jetzt nicht zwischen vier verschiedenen Anträgen hin und her zu zetteln. Wenn es dann zu Veränderungen der Beschlussvorlage kommt - es sind dann sozusagen ein ganzes Bündel von Änderungsanträgen, die wir nacheinander abarbeiten -, würde ich Ihnen für die endgültige Beschlussvorlage und deren Verfahren noch einen Vorschlag machen wollen.

Aber jetzt steigen wir erst einmal in die Diskussion ein.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Die Ressource Fläche ist bekanntlich ein knappes Gut, insbesondere auch in einer Stadt wie unserer. Dieser Flächenverbrauch ist auf Dauer weiter so nicht möglich. Man kann bestenfalls noch darüber streiten, wie lange das noch so weiter geht. Man sollte besser früher als später die Kehrtwende machen und sich auf andere Lösungen besinnen.

Durch den anhaltenden Flächenverbrauch gehen Lebensräume für Tiere und Pflanzen verloren. Es wird der Landwirtschaft Boden entzogen. Es werden Frischluftschneisen zugebaut, die wir in unserer Stadt dringend brauchen. Auch die Menschen in unserer Stadt reagieren zunehmend sensibel, wenn Fläche zugebaut wird, denn es geht um ihre Erholungsflächen, um ihre vertraute Landschaft, die ihnen auch etwas bedeutet. Ich glaube, dass sich hier auch die Einstellung verändert hat. Das spiegelt sich auch sehr gut in den Ausschuss- und Ortschaftsratsberatungen wider, in denen alle Flächen, bei denen wir sagen, die sollen nicht weiter verfolgt werden, mit einer Ablehnung beschieden wurden.

Die Landesregierung hat schon lange anerkannt - übrigens auch schon unter schwarz-gelb -, dass wir zu einer Nettonull beim Flächenverbrauch kommen müssen. Das ist die Leitlinie. Die Umsetzung in den Kommunen steht aber leider noch aus. Wir meinen, dass hier dringend etwas passieren muss.

Vor diesem ganzen Hintergrund meinen wir auch, dass man einen ermittelten Gewerbeflächenbedarf - ich will dieses CIMA-Gutachten gar nicht in Frage stellen, fachlich ist

es sicher kompetent gemacht - heute nicht einfach als gegeben setzen kann und sagen, alles andere muss dahinter zurückstehen. Man muss hier abwägen mit anderen Belangen, mit dem Naturschutz, mit den Naherholungsbedürfnissen der Menschen und auch mit dem Schutz des Stadtklimas.

Deswegen ist unser Ansatz, hier Alternativen konsequent zu verfolgen, die Innenentwicklung voranzutreiben, Baulücken konsequent zu nutzen, auch bei Leerständen genau hinzusehen: Wie kommen die wieder in eine Nutzung? Denn auch in unserer Stadt hat es Grundstücke, die mit Gebäuden bestanden sind, die nicht mehr genutzt werden, aber auch leerstehende Immobiliengebäude.

Wenn wir in Einzelfällen doch ein neues Gebiet bebauen oder neu ausweisen - da haben wir durchaus noch Reserven im Flächennutzungsplan -, dann muss man das so ressourcensparend wie irgend möglich machen. Da muss man zu einer mehrstöckigen Bauweise kommen. Dann brauchen wir Parkdecks anstatt großflächiger Parkplätze. All das muss hier konsequent umgesetzt werden. Flächen in der Stadt sind kostbar. Sie müssen auch ihren Preis haben. Auch deswegen ist eine Verknappung des Angebots durchaus angemessen. Gewerbeflächen in der Stadt müssen einfach auch teuer sein.

Deswegen ist auch ein Überangebot und eine Konkurrenz zwischen den Gemeinden, auch im Nachbarschaftsverband, schädlich. Man muss sehr eng mit den Gemeinden im Nachbarschaftsverband kooperieren. Wir haben den gesamten Nachbarschaftsverband gesehen. Wir haben in vielen Gemeinden einen Flächenüberhang. Man hat 2010 in vielen Gemeinden, auch in Karlsruhe, über den Bedarf geplant bzw. bei Beschluss des letzten Flächennutzungsplans. Mit diesen Reserven müssen wir auch arbeiten, indem man eine interkommunale Betrachtung macht.

Es ist auch nicht mehr so, dass jedes Gewerbegebiet heute finanziell von Vorteil ist. Es sind sehr hohe Erschließungskosten notwendig. Es besteht die Gefahr von Leerständen. Ich will wieder einmal "Winterrot" als Beispiel nehmen, wo doch die Vermarktung nur sehr schleppend vorangeht und offenbar der Bedarf nicht so groß ist, wie man ursprünglich gedacht hat. Deswegen muss man auch innerhalb des Nachbarschaftsverbandes schauen, wo sind die hochwertigsten Gewerbeflächen, die dann auch wirklich genutzt werden können und sollen.

Noch besser ist sogar, anstatt auf Neuausweisung zu setzen, den vorhandenen Bestand - wie gesagt, in vielen Gemeinden gibt es sogar Flächenüberhänge - gemeinsam zu vermarkten über einen so genannten Flächenpool. Hier gibt es Ansätze, sicher noch als Modell und Pilotprojekte, in verschiedenen Gemeindeverbänden. Wir meinen, das ist der zukunftsfähige Weg. Natürlich geht es nur auf freiwilliger Basis. Man muss die anderen Kommunen mit ins Boot holen. Da geht natürlich auch viel über das Geld. Das ist auch klar. Aber Karlsruhe hat da vielleicht Möglichkeiten, andere Gemeinden bei der Erschließung finanziell zu unterstützen und vielleicht dann auf der anderen Seite wieder einen anderen Vorteil zu bekommen.

Unser Ziel ist mittelfristig die Nettonull beim Flächenverbrauch. Das ist auch das Ziel auf Landesebene. Irgendwo muss man einfach einmal an die Umsetzung gehen. Vor diesem Hintergrund sind auch unsere Änderungsanträge zu verstehen. Die "Büchenauwiesen"

sind Landschaftsschutzgebiet, lokalklimatisch sehr wertvoll und von Bedeutung. Der "Elfmorgenbruch" in Rintheim mit seinen hohen Grundwasserständen ist ebenfalls Landschaftsschutzgebiet. Er liegt im regionalen Grünzug. Sehr viele seltene und geschützte Arten kommen dort vor. Wir haben die Durlacher "Hub", die in einer Grünzäsur liegt, die für das Stadtklima sehr bedeutend ist, die auch diese räumliche Trennung zwischen Hagsfeld und Durlach schafft. All das sind sehr hochwertige Flächen. Dass solche Flächen heute überhaupt vorgeschlagen werden, macht schon einmal deutlich, dass wir an einer Belastungsgrenze anbelangt sind. Alles, was jetzt noch an großen Flächen dazu kommen soll, ist für eine Stadt, wie die unsere, nicht mehr verkraftbar.

Bei der "Oberen Kohlplatte" sieht es vielleicht ein bisschen anders aus. Aber da muss man sagen, wir haben jetzt das Gewerbegebiet "Winterrot", was noch lange nicht voll ist, was mit der Vermarktung schleppend voran kommt. Die "Untere Kohlplatte" ist auch schon im jetzigen Flächennutzungsplan vorgesehen. Jetzt soll noch ein Gebiet dazu kommen mit der "Oberen Kohlplatte". Das wird dann ein Gewerbegebiet, das ist so groß wie Palmbach selbst. Das ist - das hat entsprechend auch der Ortschaftsrat selbst so gesehen - mit so einem Stadtteil aus unserer Sicht nicht zu machen. Wenn man hier eine interkommunale Lösung sucht, finden wir das durchaus richtig und vernünftig. Denn tatsächlich ist das, was mit "Steinig" geplant ist, auch eine große Landschaftsverhandlung. Hier sollte man die Fläche der "Unteren Kohlplatte" mit in diese interkommunale Verhandlung hinein nehmen. Vielleicht kann man noch ein Stück von "Winterrot" dazu nehmen. Da sind wir durchaus offen. Hier eine interkommunale Lösung zu suchen, ist richtig, aber nicht jetzt noch einmal ein zusätzliches Gebiet hier ausweisen.

Andererseits soll der "Gleisbahnhof Süd" - Frau Karmann-Woessner hat es schon angesprochen - in diese Suchkulisse mit hineingenommen werden. Das ist eine Fläche, die sehr wohl für eine Gewerbeentwicklung in Frage kommt, auch das "Güterbahngleis Fautenbruchstraße". Jetzt hieß es, die stehen kurzfristig nicht zur Verfügung. Das ist richtig. Aber wir planen doch für mindestens 2030. Wir planen doch langfristig. Daher kommt doch überhaupt dieser hohe Bedarf. Es geht um eine langfristige Betrachtung. Da sollten wir diese Flächen sehr wohl mit hinein nehmen.

Beim "Horbenloch", das jetzt von der SPD und Wolfartsweier mit beantragt worden ist, haben wir etwas Bedenken, weil auch das wieder im regionalen Grünzug liegt und FFH-Gebiet angrenzend ist. Hier würden wir eher der Empfehlung der Planungsstelle folgen. Beim CDU-Antrag ist es jetzt so, dass wieder Flächen zur Disposition gestellt werden sollen, die die Verwaltung eigentlich verworfen hat, weil sie sagt, die Nachfrage ist nicht da, die können wir nicht vermarkten. Wir glauben, dass es nicht sehr zukunftsfruchtig ist, die Flächen jetzt wieder zu prüfen, und würden dem Antrag auch nicht folgen können. Aber ich denke, dass es so viele Flächen in Karlsruhe gibt, die gar nicht vermarktable sind, macht auch deutlich, dass hier, was den Druck auf die Flächen angeht, von falschen Annahmen ausgegangen wird. Denn sonst wäre auch ein Run auf solche Flächen da. Das ist einfach nicht der Fall. Der Flächennutzungsplan 2010 war weit über den Bedarf hinaus geplant.

Es ist uns natürlich klar, dass wir mit unserem Abstimmungsverhalten, das wir heute an den Tag legen werden, dem Bedarf, der von CIMA ermittelt worden ist, nicht entspre-

chen. Aber - wie schon gesagt - wir meinen, das ist nicht das Maß aller Dinge, sondern hier gibt es viele andere, sehr wichtige Belange, denen wir ebenfalls entsprechen müssen. Deswegen können nur Teillösungen denkbar sein. Das werden wir auch entsprechend in unserem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen.

In der Abwägung sind wir für den Erhalt der wertvollen Flächen. An einer Kehrtwende in Sachen Flächenverbrauch geht kein Weg vorbei. Wir brauchen früher oder später sowieso andere Lösungen. Es wird wirklich Zeit, die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Das Thema "Wirtschaft" in dieser Stadt, in dieser Region beschäftigt uns täglich, nicht nur hier im Gemeinderat. Dass die Stadt stark ist, weil wir eine gesunde, starke Wirtschaft haben, sehen wir täglich, wenn wir uns allein auf der Südtangente umsehen. Wenn wir die Staus ansehen, dann wissen wir: Diese Stadt floriert, diese Stadt hat Leben. Wenn ich Ihnen das als Eingang sage, dann aus einem gewissen Grund.

Diese Stadt hat sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt. Sie hat sich zu einer Stadt entwickelt, in der es lebenswert ist zu leben. Wenn ich sage, es ist lebenswert, dann wissen wir, dass wir dazu ein Umfeld haben, in dem es sich gut arbeiten lässt. Wir haben Unternehmen, die zu dieser Stadt stehen, die zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stehen und die letztendlich stolz darauf sind, ihren Standort in Karlsruhe zu haben, wo wir als Christdemokraten, als CDU Karlsruhe, ebenfalls stolz sind auf diese Unternehmen, die hier investieren, die diese Arbeitsplätze halten, die Arbeitsplätze ausbauen und Ausbildungsplätze für unsere jungen Menschen schaffen. Das haben wir nur erreicht, Frau Lisbach, weil diese CDU Karlsruhe Grundsteine gelegt hat für eine gesunde Wirtschaft,

(Heiterkeit; Oh-Rufe)

weil wir immer wieder gesagt haben, wir brauchen markttaugliche Flächen in dieser Stadt. Es wird sich dann zeigen, wo diese markttauglichen Flächen liegen, wenn die Investoren in die Stadt kommen und sagen, da und da wollen sie investieren.

Sie sprachen das Thema "Winterrot" an. Natürlich ist Fläche "Im Winterrot" da, Herr Obert. Aber diese Fläche können Sie nicht vermarkten. Wenn sie vermarktbar wäre, wären die Investoren schon längst da. Das gleiche werden wir eines Tages im "Gottesauer Feld" in Neureut erleben. Da sind Flächen, die sind da, aber es wird kein Investor dort hingehen, weil die Infrastruktur nicht stimmt. Das, liebe Frau Lisbach, müssen Sie dann fairerweise auch dazu sagen.

(Stadtrat Pfalzgraf: Direkt an der Autobahn!)

Wenn wir heute in die Beratung des Flächennutzungsplans einsteigen, legen wir die Zukunft von morgen fest, so wie unsere Vorgänger die Zukunft festgelegt haben für den heutigen Tag und wo wir wirtschaftlich stehen in dieser Stadt. Die Stadt Karlsruhe kann sich sehen lassen. Dann legen wir die Zukunft für unsere kommende Generation

fest. Da müssen wir fairerweise sagen, dass wir Mut haben müssen zu Schritten, die heute weh tun.

Wenn Sie mich explizit ansprechen, dann sage ich Ihnen: Wir werden nachher Ihrem interfraktionellen Antrag nicht zustimmen können, weil wir klipp und klar sagen, die "Untere Hub" ist so ein Stück, bei dem es sich lohnen wird, Industrie anzusiedeln. Dort werden Sie Investoren finden, die letztendlich Geld in diese Stadt bringen. Wenn ich Geld sage, wenn ich Finanzen sage, dann wissen Sie auch, Frau Lisbach, dass diese Stadt sich durch die Gewerbesteuererinnahmen speist. Wenn Gewerbesteuererinnahmen sprießen, dann wissen wir, dass wir eine soziale Stadt haben, dann wissen wir, dass wir einen sozialen Frieden in dieser Stadt haben, dass wir uns viele Bereiche erst leisten können, weil es Unternehmer gibt, die heute noch Gewerbesteuer in Karlsruhe zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diese Politik machen, dann macht meine Fraktion diese Politik langfristig. Wir machen diese Politik der Entscheidungen nicht von Wahl zu Wahl, wie es andere Fraktionen in diesem Hause immer wieder machen. Es geht um langfristige Planungen, Frau Lisbach, Sie sagten es. Es geht letztendlich um die nächsten 20 Jahre.

Karlsruhe ist ein Wachstumszentrum. Wir sind stolz darauf. Stolz darauf können wir sein, wenn wir uns ganz einfach einmal in diesem Land, in den anderen Regionen umschauen, wenn wir uns in anderen Städten außerhalb Baden-Württembergs umschauen. Dort liegen Industrieflächen brach. Dort gibt es keinen Investor mehr, der kommt, um auf diesen Flächen zu investieren. Wir haben - wie ich anfangs sagte - weiche Faktoren in dieser Stadt geschaffen, die wir auch ständig ausbauen.

Wenn ich gehört habe: Interkommunale Zusammenarbeit, dann sind dies Stellschrauben, die es gilt zu pflegen, die Sie als Prüfaufträge mitnehmen können. Auch hier haben wir vollstes Verständnis. Aber es darf natürlich auch eines nicht passieren: Wenn wir uns z. B. den Bereich Stutensee anschauen. Wir stellen die Infrastruktur - Sie wissen, was ich meine: Nordtangente-Ost, bei der noch ein Teil fehlt -, aber letztendlich nimmt die Gemeinde Stutensee Fläche in die Hand - altes IWKA-Gelände -, legt dort hektarweise Industriefläche um, siedelt dort u. a. Karlsruher Firmen an und letztendlich nutzen sie die Infrastruktur von Karlsruhe. Das kann nicht der Weg Karlsruhes sein. Dann müssen wir dort mit diesen anderen Städten enger zusammenarbeiten, um letztendlich auch davon zu profitieren.

Wir sind eine wachsende Stadt. Wir haben einen gemeinsamen Markt. Diesen Markt an Flächen - nennen wir es einmal Flächen - gilt es zu mehren. Denn letztendlich wird Angebot und Nachfrage davon abhängig sein, was für einen Preis wir am Markt erzielen. Wenn wir Flächen haben, wie z. B. die "Untere Hub", dann werden wir erreichen, dass wir auch Firmen bekommen, die diesen hohen Preis zahlen. Wenn wir in diesem Segment auf dem Markt sind, werden wir auch Firmen bekommen, die sich dies leisten können. Diese Firmen, die sich diese hohen Investitionskosten leisten können, sind Firmen, die auf dem deutschen und internationalen Markt tätig sind und die letztendlich dann wieder die Gewerbesteuer in diese Stadt tragen.

(Zuruf **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Deshalb dürfen wir, lieber Hans Pfalzgraf, diesen Ast nicht absägen, auf dem wir sitzen. Wenn wir dies tun, werden wir für die nächste Generation nicht mehr das hohe Niveau halten können, auf dem wir heute stehen.

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD**: Sie wollen ein Stadion bauen an der Unteren Hub!)

Deshalb ist es für uns verantwortlich, dass wir diesen Flächennutzungsplan auch im gesamtstädtischen Wohl betrachten. Ich weiß, dass Flächen dabei sind, die weh tun. Das wissen wir. Aber haben Sie bitte auch dafür Verständnis, dass ich trotzdem sehen muss, wohin entwickeln wir uns als Stadt Karlsruhe im Ganzen und zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger. Das ist das Maß der Dinge, nachdem wir handeln.

Wir haben, um das auch in aller Deutlichkeit zu sagen, schon gewisse Erfolge erreicht. Wir haben dm halten können. Es gibt andere Firmen, die haben wir verloren.

(**Stadträtin Baitinger/SPD**: Aber nicht wir allein!)

Wir haben immer im Wirtschaftsförderungsausschuss das leidige Thema, wenn Firmen abwandern. Wir diskutieren, wir ringen und wenn wir fragen, ist es immer wieder die Frage nach der verfügbaren Fläche, warum die Firmen abwandern. Auch das ist eben Fakt. Das ist auch, liebe Frau Lisbach, Realität. Dieser Realität müssen Sie sich stellen.

Lassen Sie mich zum Abschluss, bevor ich auf die einzelnen Anträge noch einmal eingehe, sagen: Die Stadt Karlsruhe ist auch eine Stadt im Grünen. Etwas über 50 % sind weiterhin grün. Das wollen wir auch. Aber wir müssen uns weiterentwickeln. Eine heutige Bürgermeisterin hat einmal gesagt: Wer eine Käseglocke über eine Stadt stülpt, der wird sie zum Scheitern verurteilt haben. Das geht mit der CDU-Fraktion nicht. Dafür stehen wir als Karlsruher CDU. Wir müssen uns weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Eines lassen Sie mich, Frau Lisbach, noch sagen. Wir haben diese Gutachten immer wieder diskutiert. Jetzt kommen Sie her und bezweifeln dieses Gutachten, weil es nicht in Ihrem Sinne ist.

(**Stadträtin Lisbach/GRÜNE**: Das habe ich doch gar nicht gemacht!)

Wir können den Spieß nicht immer so herumdrehen, wie Sie es machen, wie Sie es wollen. Wir sagen, was Fakt ist. Wir reden mit den Leuten. Wir reden auch mit der Unternehmenschaft. Das ist für uns auch ein gewisses Maß der Dinge, nach dem wir handeln, wie ich es bereits gesagt habe.

Nun lassen Sie mich auf die verschiedenen Anträge kommen. Ich habe eben bereits gesagt, wir werden den Antrag der SPD in diesem Falle nicht unterstützen können, weil es hier um die "Untere Hub" geht. Wir verstehen in keinster Weise, dass von der Verwaltung eine Verlagerung von den westlichen Stadtteilen Richtung Osten vorgenommen

wird. Das ist uns unbegreiflich. Ohne Not verlassen wir heute Flächen im Westen, die dort liegen. Wir wissen sehr wohl, dass es entsprechende Gesetze gibt. Aber wir verlassen heute Flächen, die wir eines Tages dringend brauchen könnten. Wir müssen uns auch einmal darüber im Klaren sein: Wenn heute eine Firma, ein Investor kommen würde und sucht solche Flächen draußen im Westen, dann haben wir gar nichts mehr vorzuweisen. Ohne Not werden diese Flächen gestrichen. Deshalb unser zusätzlicher Antrag, diese Flächen - "Husarenlager", "Bellenäcker", "Diestelgrund", "Hörgel", "MIRO Erweiterung", "Knielingen-West I und II" - im Flächennutzungsplan zu belassen.

(Der Vorsitzende hebt die gelbe Karte.)

- Ich komme zum Schluss, Herr Oberbürgermeister.

Lassen Sie mich noch etwas zum Osten sagen: "Untere Hub" - klare Zustimmung durch die CDU-Fraktion. Für unsere Fraktion ist es schon sehr erstaunlich, dass man z. B. die "Büchenauwiesen" in diesen Plan mit aufnimmt, wo es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt. Deshalb werden wir in diesem Punkt dem Antrag der SPD auf Herausnahme zustimmen.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Jawohl! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Der Osten hat schon Vieles gemacht.

(Beifall bei der CDU; **Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** So wertvoll wie die Hub! -
Stadträtin Fromm/FDP: Ja, genau!)

Stadtrat Zeh (SPD): Die Rede des Stadtrats Ehlgötz hat mir gezeigt, dass er scheinbar in einer anderen Stadt lebt und keine Ahnung von Wirtschaftsförderung und Flächen hat.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Oh! - Weitere Zurufe)

Die langfristige Stadtsynergie, die hier angesprochen wurde, Herr Ehlgötz, die Flächen im Westen - MIRO und die beiden Knielinger Flächen, es waren ursprünglich einmal vier Knielinger Flächen - sind schon seit über 20 Jahren im Angebot. Ich erinnere mich an eine einzige potentielle Anfrage. Wir haben einfach viel mehr Flächen, als tatsächlich nachgefragt wird.

(Unruhe)

Es ist zunächst einmal gut, dass wir gewisse Reserven, gewisse Spielräume haben. Aber von einer langfristigen Wirtschaftsnachfrage, von der Sie geredet haben, marktgängige Flächen usw., kann man nicht sprechen. Gott sei Dank haben Sie eben noch die "Büchenauwiesen" herausgenommen. Zuerst haben Sie gesagt, Sie wollen es ablehnen.

Aber ich will zunächst das Thema Tausch ansprechen. Die Flächen sollen innerhalb Karlsruhes getauscht werden, nicht mit der Nachbarschaft. Im Prinzip sind es die 50 ha im Westen mit MIRO und Knielingen ...

(Das Mikrofon fällt ständig aus und wird ausgetauscht)

... rings um die Autobahnausfahrt Karlsruhe-Nord gehen. Das ist zurückzuführen auf das CIMA-Gutachten, das sagt: Die im Westen sind schwer vermarktbar, und an der Ausfahrt Nord wären sie gut vermarktbar. Aber das ist natürlich die reine Betrachtung als Wirtschaftsbürgermeister oder als Wirtschaftsstudie.

Wenn Sie einmal in die Steckbriefe schauen, dann sind Sie eigentlich erschüttert, was hier gemacht werden soll. Ich bleibe jetzt einmal bei MIRO, unabhängig davon, ob ich jetzt meine, dass MIRO ein geeigneter Standort ist. Hier steht das Kreuz ganz klar ganz oben: "Eignung als Gewerbefläche insgesamt als günstig zu nehmen." Sie haben nur drei orangenfarbene Punkte, zwei grüne und zwei hellgrüne.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Ich bin farbenblind!)

Lassen Sie es jetzt einmal gut sein, mit Ihren "Büchenauwiesen". Da haben Sie einmal dunkelrot, viermal orange, zweimal grün, gar kein hellgrün. Da sehen Sie genau, diese Gebiete sind einfach ökologisch wichtiger. Deshalb geht es hier um eine Grundsatzentscheidung: Wollen wir die Ökologie zugunsten einer Vermarktbarkeit opfern oder nicht. Da stimme ich mit Frau Stadträtin Lisbach und ihrer Rede überein. Nein, so geht es nicht. Und auch keine Prüfung, Herr Oberbürgermeister, machen wir in diesem Gebiet mit.

Diese Gebiete, die durchgestrichen sind - "Elfmorgenbruch", "Büchenauwiesen", "Herdwegwiesen" - sind Landschaftsschutzgebiete. Als Planerin verlangen Sie von uns, solche wertvollen Flächen aufzugeben zugunsten von Gewerbe. Auch die "Untere Hub" zähle ich dazu, auch wenn die kein Landschaftsschutzgebiet ist. Es ist auch eine Frischluftschneise. Es geht nicht nur um Boden und Landschaft, sondern es geht um mehrere ökologische Aspekte.

Genau bei diesem Großtausch sagen wir: Nein, den machen wir nicht mit. Deshalb haben wir diesen gemeinsamen Änderungsantrag gestellt. Konversionsgebiete sind natürlich ein interessanter Ansatz. Sowohl der Schlachthof als auch die Ludwig-Erhard-Allee sind eigentlich Konversionsgelände. Wir haben andere Konversionsgelände, die wir für den Wohnungsbau vorgesehen haben. Wir haben auch teilweise vorgesehen, in gewissen Kasernenarealen in Neureut, Knielingen und der Nordstadt weitere Gewerbeflächen als Potentiale auszuweisen. Das haben wir auch im Flächennutzungsplan drin. Aber die Zahl der Konversionsgebiete geht zu Ende. Man muss deshalb verstärkt auf die Steckbriefe der anderen Gewerbegebiete schauen. Wo sind noch Potentiale? Wo kann man noch besser verdichten? Das ist die Abwägung, die wir heute zu treffen haben, und auch die Prüfung, die wir zu machen haben.

Wir als SPD sind durchaus für interkommunale Gewerbegebiete. Als Diskussionspunkt ergibt sich insbesondere Karlsbad und Wettersbach. Hier wären wir gewissen Kompromissen gegenüber offen. Man sollte natürlich gemeinsam entscheiden, wie man mit den Flächen "Kohlplatte" umgeht, was man hinein nimmt und es gemeinsam mit Karlsbad diskutieren. Der Ortschaftsrat Wolfartsweier ist der einzige, der eine Fläche -

"Horbenloch" - positiv sieht. Deshalb wollen wir dies weiter prüfen. Aber - da stimme ich Herrn Ehlgötz zu - wir brauchen natürlich auch viele Flächen für kleinere, ortsnahe Gewerbegebiete, für eine Autoschlosserei, Schreinerei oder etwas Ähnliches.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Handwerker!)

- Kleine Handwerksbetriebe. Da halte ich so eine Fläche durchaus für geeignet. Aber die große Linie, der Tausch der 50 ha vom Westen nach Osten, geht nicht. Wir sind bereit, die Fläche zu streichen. Inwieweit die Verwaltung noch bereit ist und sagt, die Flächen im Osten hatten wir drin, dann lassen wir sie drin, das überlasse ich jetzt dem Verhandlungsgeschick des Oberbürgermeisters.

In diesem Sinne wird die SPD abstimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Fromm (FDP): Für die FDP gilt in keinem Fall: Weiterentwicklung heißt "weiter so machen". Karlsruhe weiterentwickeln heißt: Tatsächlich auch mehr in die Zukunftsmöglichkeiten zu schauen. Insofern sehe ich jetzt, dass unsere alte FDP-Forderung nach intelligenteren Gewerbegebieten Wirklichkeit werden kann, wenn wir sagen: Gewerbegebiete verdichten, Gewerbegebiete z. B. so unter den "Zwang" in der Satzung zu stellen, dass Parkflächen überbaut werden und nicht Parkflächen in die Breite gesetzt werden,

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

und dass in diesen Gewerbegebieten auch andere Möglichkeiten innerhalb des Grundstückes zu Kooperationen führen, wenn es Firmen sind, die aus der Gründerfabrik z. B. nach fünf Jahren auf den so genannten freien Markt kommen.

Herr Ehlgötz, ich finde es nicht fair, wenn Sie sagen: Die CDU ist die Partei, die in Karlsruhe die Wirtschaft voranbringt.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: So ist es!)

Sie brauchen Mehrheiten. Die Mehrheiten würden Sie überhaupt nicht mehr finden, wenn Sie diese Art von Politik betreiben.

(Weiterer Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

Gerade vorhin bei der Windenergie haben wir gesagt, wie wichtig es ist, wenn man kooperiert und wenn man auch gemeinsame objektive Kriterien hat.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Das ist nicht unsere Meinung!)

Wir sind in dem Fall nicht immer mit dem, was Sie sagen, einig, denn Sie sind doppelzünftig.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Sie stellen die "Hub" mit den "Büchenauwiesen" in eine Dimension, weil das St.-Florians-Prinzip, das Sie anwenden, für Durlach nicht gelten soll.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist keine Politik, wie wir sie verstehen.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Jawohl!)

Das ist keine Politik. Ich möchte sagen, auch wenn mein Kollege Thomas Hock befangen ist, hat er die gleiche Position wie meine Fraktion. Wir sollen uns davor hüten, einfach nur aus Gefälligkeitsdemokratie oder aus Gefälligkeit, weil der Wahlkampf vor der Tür steht, das Eine gegen das Andere auszuspielen. So macht man keine langfristige Politik. Deshalb heißt Weiterentwickeln für uns, den Fortschrittsgedanken haben. Mit welchen Betrieben können wir die Stadt zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort machen, der die Bedeutung für unsere Metropol- bzw. Technologie- und Kulturregion hat.

Dann komme ich zu guten Beispielen, Herr Oberbürgermeister, wie man Kooperation macht. Die FDP hat in den letzten 10 Jahren immer wieder hier in diesem Raum gesagt, es gibt Umlandgemeinden, die wollen mit Karlsruhe kooperieren. Wenn man Kooperationen eingeht, dann muss jeder etwas davon haben, und nicht so, wie Kollege Ehlgötz gesagt hat. Das heißt, wir müssen Lasten der Infrastruktur und die Steuereinnahmen teilen und zwar fair und nicht: Der Große frisst den Kleinen und ihr habt nichts zu sagen. Sondern wir müssen auf Augenhöhe mit unseren Umlandgemeinden darüber verhandeln.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Oder eingemeinden!)

Deshalb, Herr Oberbürgermeister, ist meine Fraktion der Meinung - wir sind im Regionalverband, da hören wir auch immer wieder die Kollegengespräche -, ob wir heute mehr oder weniger Hektar Verhandlungsmasse für die Kooperation geben oder nicht, das spielt überhaupt keine Rolle. Die schauen schon die ganze Zeit auf Karlsruhe, teilweise warten sie darauf, dass wir Angebote machen. Diese Chance ist bis jetzt leider vertan worden. Herr Ehlgötz, da war Ihre Partei auch nicht ganz unschuldig.

Jetzt zu den anderen Punkten, was können wir machen. Farbe bekennen, habe ich gesagt. Farbe bekennen heißt, auch klar und deutlich zu sagen, wo hat sich das geändert. Herr Oberbürgermeister, ich habe genau zugehört. Beim Bürgerempfang haben Sie die Klima- und Umweltkarte gezogen. Ich habe gedacht, ich bin gespannt, am Dienstag im Gemeinderat, was es nun heißt, Farbe zu bekennen. Farbe bekennen, wenn es darum geht, flächensparend zu bauen, Flächen eher umzuwandeln als Neuausweisung. Sie haben riesengroßen Beifall dafür bekommen. Diesen Beifall sollten Sie als Ermunterung dafür sehen, dass nun Sie und wir gemeinsam, da wo der Gemeinderat jetzt schon die rote Karte zieht, nicht noch unbedingt die grüne Karte haben wollen. Denn, wie gesagt,

unsere Umlandgemeinden sind zur Kooperation bereit. Da müssen wir ihnen gar nichts anbieten.

Ich will aber auch noch etwas zu den so genannten Tauschflächen sagen. Nein, das sollten wir nicht machen. Wir brauchen auch industrielles Gewerbe bzw. lautes Gewerbe. Wir brauchen Arbeitsplätze, die nicht nur Abiturienten ausfüllen können, sondern auch die, die mit ihren schulischen Qualifikationen große Schwierigkeiten haben. Für die müssen wir auch Arbeitsplätze haben. Die gibt es oft gerade in diesen Bereichen. Deshalb meine ich: Lassen wir dort im Westen am Rhein alles so, wie es ist, und warten wir auch einmal, ob da einer kommt, der solche Arbeitsplätze schafft. Die intelligenten Arbeitsplätze bekommen wir vielleicht viel leichter, weil wir eine große Forschungs- und Wissenschaftsdichte haben.

Deshalb, Herr Oberbürgermeister, bei den Gebieten "Elfmorgenbruch", "Untere Hub", "Büchenauwiesen", "Herdwegwiesen", sind wir einer Meinung. "Gleisbauhof Süd", "Fautenbruchstraße" soll langfristig sein. Das brauchen wir nicht in fünf oder zehn Jahren. Aber wir sollen es heute als Prüfflächen festlegen. Den dritten Punkt des Antrags der Grünen müssten wir dann als Konsequenz nehmen. Das wird sich dann erledigen. Dem Prüfauftrag der CDU werden wir zustimmen, weil wir sagen: Auch kleine Flächen sollten bereit stehen. So wird dann unser Abstimmungsverhalten sein.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Cramer (KAL): Als die Karlsruher Liste vor 30 Jahren in den Gemeinderat gewählt wurde, war von Anfang an klar, dass wir uns gegen den damaligen und offensichtlich heute etwas zum Ende kommenden Flächenfraß einsetzen werden. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben zur Zeiten eines Baubürgermeisters Sack schon den Vorschlag eines Flächenhaushaltsplans in die Diskussion gebracht. Wir haben, als klar war, dass die Bahn und die Post Flächen hergeben, immer darauf gedrungen, dass man sich um diese Flächen kümmert, dass man diese Konversionsflächen in den Besitz der Stadt nimmt, um da seine Hand draufzuhaben.

Wir gehen davon aus, dass erst einmal die Konversionsflächen bebaut werden. Auch wenn wir jetzt schon ein weites Stück gekommen sind, ist es für uns noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Wir sind weiterhin der Meinung, dass endlich in den Gewerbegebieten Instrumentarien geschaffen werden, dass die Betriebe nicht nur in die Fläche gehen, sondern in die Höhe. Das ist etwas ganz Wichtiges. Es wird immer wieder hier angesprochen im Gemeinderat, aber letztendlich nicht wirklich angegangen. Es gibt Betriebe, die das jetzt machen. Aber es ist noch nicht wirklich in der Politik angekommen, dass man mehr in die Richtung gehen sollte.

Von daher war für uns ganz klar, dass wir zusammen mit den anderen Fraktionen und den Einzelstadträten diesen Antrag heute unterstützen. Herr Ehlgötz, ich muss es einmal so sagen, Sie sprechen hier Dinge an, die in die 60er und vielleicht noch in die 70er Jahre gepasst haben. Aber es ist vollständig an Ihnen und offensichtlich an Ihrer gesamten Fraktion mehr oder weniger vorbeigegangen. Ich erinnere an Robert Mürb, da war es etwas anders bei der CDU.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: So ändern sich die Zeiten!)

- So ändern sich die Zeiten. Aber in eine Richtung, die so von gestern ist, dass ich das überhaupt nicht nachvollziehen kann.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Nichts ist sozialer als Arbeit!)

Sie müssen es so machen, ganz klar. Genauso wie wir. Wir werden heute abstimmen im Sinne der gestellten Anträge, weil einfach Fläche endlich ist in Karlsruhe. Es ist einfach so. Ob es jetzt gehört wird auf der Bürgermeisterbank oder nicht.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Das ist Fakt!)

- Das ist der Fakt. Die Fläche ist endlich. Wir sind auch der Meinung, dass man jetzt nicht noch das Letzte irgendwo herauskitzeln soll, was im Grunde genommen alles schon abgehakt ist, was man im Grunde genommen gar nicht wirklich nutzen kann im Sinne von Gewerbe und Industrie. Von daher werden wir heute keinem Gebiet zustimmen, was zusätzlich hier hineingenommen werden soll. Klar, Konversionsflächen wie z. B. "Gleisbahnhof", solche Gebiete, das ist das, wo wir hin wollen und wo wir hin müssen. Aber nicht in Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich meine, eine gesunde Entwicklung braucht beides. Sie braucht sowohl Arbeitsplätze, eine gesunde prosperierende Wirtschaft, als auch eine gesunde Ökologie, eine Umwelt, in der der Mensch sich wohl fühlt. Diese Balance ist uns wichtig. Wir können nicht nur auf das eine setzen. Das Wohl des Menschen, Herr Ehlgötz, um Sie noch einmal zu zitieren, hängt von beidem ab, sowohl von der Arbeit, als auch von der intakten Umwelt.

Die Wirtschaft hängt nicht nur davon ab, ob wir genug Fläche zur Verfügung stellen. Die Wirtschaft wird in Karlsruhe prosperiert, weil wir eine innovative, sehr fortschrittliche Entwicklung haben. Aus dem heraus ist das der Motor. Deswegen glaube ich nicht, dass der einzige Schlüssel für die Wirtschaft tatsächlich die Fläche ist. Wir brauchen die, aber in bescheidenem Maße.

Ich möchte ganz konkret sagen, wir werden den interfraktionellen Antrag annehmen. Wir werden mit diesem stimmen. Dem Antrag der Grünen, die "Obere Kohlplatte" herauszunehmen, werden wir nicht zustimmen. Dem SPD-Antrag, diese zusätzliche Fläche dazuzunehmen, werden wir ebenso zustimmen. Der Vorschlag der CDU, die alten Flächen nicht wegzunehmen, ist sicher klug.

Stadtrat Wenzel (FW): Um das hier Gesagte nicht zu wiederholen, will ich meinen Fokus auf das Thema Stadtklima und überproportionale Extremwetterlagen und Klimaereignisse legen.

Um in extremen Hitzephasen - denken wir an den Sommer 2004

(Zurufe: 2003!)

mit den vielen Todesopfern in der Karlsruher Oststadt - eine erträgliche Temperatur in der Innenstadt zu gewährleisten, müssen wir uns für den Erhalt der grünen Finger, also dem Gelände, das die nächtlichen Fallwinde von den östlichen Waldgebieten über Grötzingen, Durlach oder Wolfartsweier bringt, aussprechen und eine Blockade dieser Winde in die Innenstadt verhindern. Mit dieser Argumentation haben sich die Freien Wähler bereits in der Vergangenheit für die Beibehaltung der "Unteren Hub" und des "Elfmorgenbruchs" als Grünzäsur ausgesprochen. Wir bleiben auch in Zukunft dieser Linie treu. Aus diesem Grund tragen wir den interfraktionellen Antrag mit - sonst hätten wir nicht mitgemacht -, nicht, um die Entwicklung unserer Stadt zu blockieren, sondern um diese Stadt als lebenswertes Areal und für ein gesundes Arbeiten und Wohnen zu garantieren.

Wir Freien Wähler haben keine Probleme mit Innen- oder Höhenentwicklung oder der Aufstellung eines interkommunalen Gewerbeaustauschkonzeptes. Doch heute geht es uns darum, Flagge zu zeigen. Wir teilen natürlich den interfraktionellen Antrag, den Antrag der Grünen zum Thema Höhenstadtteile und haben auch kein Problem mit der einzelnen Abstimmung jedes Gewerbegebietes.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Für die CDU-Fraktion ist das schon ein schwarzer Tag in diesem Haus.

(Oh-Rufe; **Stadträtin Baitinger/SPD:** Sie müssten sich doch freuen bei einem schwarzen Tag!)

- Ja, ein schwarzer Tag, Frau Kollegin Baitinger. Ich hatte mir einen roten Tag überlegt, aber das drückt es nicht aus. Frau Kollegin Fromm, Ihre Stellungnahme als FDP kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Wir haben einen Paradigmenwechsel mit den Anträgen hier eingeleitet für unsere Stadt, wo wir als Karlsruher CDU-Fraktion sagen: Das ist nicht die richtige Gewerbeflächenentwicklungspolitik für diese Stadt. Es ist auch ein Herabreden der Arbeit der Menschen, die vor uns diese Stadt zu dem gemacht haben, was sie heute ist.

(Stadträtin Baitinger/SPD: Auf dem Teppich bleiben! - Vereinzelter Beifall)

Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt als starker Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität. Für uns ist unabdingbar notwendig, dass wir Prüfkulissen, Prüfflächen brauchen. Wir brauchen Handlungsoptionen. Wenn ich mich den Handlungsoptionen entledige, dann bin ich tot als Stadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie tun mir Leid, wenn Sie hinterher mit abgesehenen Hosen im Nachbarschaftsverband stehen und dann dieses Ergebnis, was gleich herauskommen wird, vertreten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eines Oberzentrums Karlsruhe nicht würdig.

(Zuruf **Stadträtin Baitinger/SPD**)

Das ist teilweise hier schon ein Kasperletheater. Ich muss sagen, ich schäme mich für die Kollegen, die vieles hier entwickelt haben.

(Oh-Rufe)

Der Kollege Ehlgötz hat das Abstimmungsverhalten der Fraktion dargelegt. Ich würde gerne zwei Punkte noch aufgreifen. Wir haben ganz bewusst den Antrag über die Einzelabstimmung über die Gebiete gestellt. Oben steht "Konsens weiterprüfen". Ich könnte mir auch vorstellen, dass man diese Gebiete zusammenfasst, weil da auch Konsens besteht, so wie ich das verstanden habe, dass diese weitergeprüft werden. Dann hätten wir auch einen Abstimmungsmodus über das Gesamtpaket.

Was wir, Herr Oberbürgermeister, auf keinen Fall machen werden als CDU-Fraktion, ist, dass wir dieses Gesamtpaket in irgendeiner Form mit einer Zustimmung versehen. Wir halten es für nicht gut, weil wir die Möglichkeit haben möchten, dass Sie mit den Ergebnissen aus den Verhandlungen wieder zurückkehren und sagen können: Hier gibt es auch andere Auffassungen. So ist auch die Vorlage konzipiert mit den zwei Beschlussziffern. Ziffer 1 ist Kenntnisnahme des Ergebnisses der entsprechenden Prüfungsanträge. Ziffer 2 ist der Verhandlungsauftrag mit den Kommunen. 1 und 2 sind für uns unbestritten. Das Ergebnis, das aus diesen Einzelabstimmungsmaßnahmen erfolgt, ist die Grundlage dessen, was Sie in die Verhandlungen für den Nachbarschaftsverband mitnehmen.

Wir werden mit unserer Abstimmung deutlich machen, wo wir als CDU stehen. Liebe Kollegen, wir werden auch in der Wirtschaft deutlich machen, wo die linke Seite dieses Hauses steht. Wir werden uns für die Zukunft dieser Stadt einsetzen. Ich muss sagen, es ist ein schwarzer Tag für uns hier in Karlsruhe.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Liebe Frau Kollegin Luczak-Schwarz, ich glaube, wenn alle hier in diesem Hause ihren Heiligenschein ablegen würden, wäre es verdammt dunkel hier.

(**Stadträtin Luczak-Schwarz/CDU:** Ich habe keinen!)

Es kann doch wohl nicht sein, was Sie uns, die wir uns sehr wohl überlegen, warum wir solche Flächen nicht bebauen wollen, die wir sehr wohl genau wissen, wie viele Unternehmen hier ansiedeln mit Mitarbeitern, die sich auch im Grünen aufhalten wollen, vorwerfen. Das ist ein ganz wichtiges Kriterium für Unternehmen, die hier ansiedeln. Wenn man hergeht und will die "Hub" bebauen und drei Meter daneben die "Büchenauwiesen" ablehnt, nur weil das der eigene Stadtteil ist, dann ist das mehr als scheinheilig und berechtigt Sie nicht zu solchen Aussagen, wie Sie es eben getan haben.

(Beifall bei der SPD; **Stadtrat Ehlgötz/CDU**: So nicht, Herr Pfalzgraf!)

Der Vorsitzende: Ich möchte feststellen, dass es hier zu einem Paradigmenwechsel kommt und zu einer sich offensichtlich ganz klar abzeichnenden Mehrheit, bei entsprechenden ökologischen Bedenken diese Flächen grundsätzlich aus der weiteren Betrachtung herauszunehmen. Das ist eine klare Abkehr von der bisherigen Strategie. Das wird die Verwaltung als starkes Signal dann zur Kenntnis nehmen und sich daran orientieren.

Um entsprechende Verhandlungsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten, will ich zu gegebener Zeit noch einmal erläutern, warum ich selber möglicherweise eine andere Empfehlung und auch ein anderes Abstimmungsverhalten hier vornehme, als das jetzt in der entsprechenden Beschlussvorlage vorgesehen ist, weil es aus Sicht der Stadt natürlich wichtig ist, am Ende schon ein gewisses Grundkontingent zu erhalten. Dann hat die Güte im Einzelfall vielleicht auch eine eher nachgeordnete Bedeutung.

Ich denke, Frau Luczak-Schwarz, es macht wenig Sinn, jetzt alles in Gruppen zu packen, weil es doch bei einzelnen Flächen sehr unterschiedliche Ankündigungen gibt, auch wenn ich das nicht mehr im Einzelfall so überblicke. Insofern würde ich jetzt gerne um Ihre Zustimmung als Gemeinderat bitten, dass wir die Ziffer 2 des CDU-Vorschlags, dass wir die Flächen einzeln abstimmen, jetzt hier kurz einmal miteinander ventilieren. Ich gehe davon aus, dass das eine Mehrheit findet. Dann würde ich die Verwaltung bitten, noch einmal die Folie aufzulegen, die die Tabelle aufzeigt, auf der alle Flächen verzeichnet sind. Dann können wir uns von oben nach unten arbeiten. Das ist auf alle Fälle die beste Orientierung.

(Die entsprechende Tabelle wird noch einmal aufgelegt.)

Ich werde Ihnen von oben herunter jeweils die entsprechenden Flächen zur Abstimmung stellen, da, wo die Empfehlung der Verwaltung streitig ist. Denn sonst brauchen wir das nicht.

Beim "Gottesauer Feld, Ost" hat die Verwaltung empfohlen, das nicht weiter zu verfolgen. Es gibt meines Wissens keinen Antrag, es wieder hineinzunehmen. Insofern ist das so unstrittig, und Sie stimmen dem zu.

"Gottesauer Feld, Erweiterung": Die Verwaltung empfiehlt, es weiterzuverfolgen. Da gibt es keinen Antrag, es herauszunehmen. Das wäre dann auch mehrheitsfähig.

"Südlich Hagsfelder Weg": Die Verwaltung empfiehlt, es nicht weiterzuverfolgen. Da gibt es keinen Vorschlag aus den gesammelten Anträgen, es wieder hineinzunehmen. Auch das scheint hier Konsens zu sein.

Jetzt kommen wir zu den ersten Fällen, in denen Sie eine Veränderung vorschlagen. Der überfraktionelle Antrag schlägt vor, "Elfmorgenbruch" hier herauszunehmen. Die Verwaltung bleibt bei ihrer Empfehlung, es drin zu lassen. Deswegen wird jetzt über den Änderungsantrag es herauszunehmen, abgestimmt: 14 Nein-Stimmen (CDU), der Rest

ist Ja-Stimmen. Damit wird die Beschlussvorlage der Verwaltung dahingehend geändert, dass man das nicht weiter verfolgt.

Dann kommt die "Untere Hub". Da ist die Empfehlung der Verwaltung, es weiterzuverfolgen. Der Änderungsantrag begehrt, es herauszunehmen. - Das ist das gleiche Abstimmungsverhalten, d. h. wir haben 14 Gegenstimmen, aber eine deutliche Mehrheit für die Herausnahme.

Dann kommen die "Herdwegwiesen". Da ist ebenfalls die Verwaltungsempfehlung, es weiterzuverfolgen. Der Änderungsantrag begehrt, es herauszunehmen. - Gleiches Abstimmungsverhalten. Damit ist es herausgefallen.

"Giesbachniederung, Süd": Die Empfehlung der Verwaltung ist, es nicht weiterzuverfolgen. Da gibt es keinen abweichenden Antrag von Ihnen. Von daher wäre es Konsens.

"Büchenauwiesen": Hier gibt es den Vorschlag der Verwaltung, es weiterzuverfolgen. Es gibt einen Änderungsantrag, das herauszunehmen. Da bitte ich, über den Änderungsantrag zur entsprechenden Karte zu greifen. - Eine Gegenstimme, ansonsten sind Sie alle dafür, die "Büchenauswiesen" herauszunehmen.

Dann haben wir die "Östliche Greschbachstraße, Waldbruch". Da ist die Empfehlung der Verwaltung, es nicht weiterzuverfolgen. Da gibt es keine Änderungsanträge zu dieser Fläche.

Dann kommt das Thema "Messplatz" und "Gleisbahnhof, Nord". Da ist die Empfehlung der Verwaltung, es weiterzuverfolgen. Da gibt es keine Änderungsanträge. Dann kann das so bleiben.

Dann gibt es "Gleisbahnhof, Süd". Da ist die Empfehlung der Verwaltung, es nicht weiterzuverfolgen, weil es in zeitlicher Nähe nicht zur Verfügung steht. Da gibt es einen Änderungsantrag, es wieder hineinzunehmen. Wer dem Änderungsantrag, es wieder hineinzunehmen, zustimmt oder ablehnt, den bitte um das entsprechende Kartenzeichen. - Dann sind wir einstimmig dafür, es wieder hineinzunehmen.

Dann kommt das Güterbahngelände "Fautenbruchstraße". Selber Vorgang, Sie schlagen vor, es wieder hineinzunehmen. Dann nehmen wir das einstimmig wieder hinein.

Dann kommt die "Obere Kohlplatte". Da empfiehlt die Verwaltung, es weiterzuverfolgen. Es gibt einen Änderungsantrag der Grünen, es herauszunehmen. Da bitte ich jetzt um das entsprechende Kartenzeichen zum Änderungsantrag der Grünen. Wer dieses Gelände herausnehmen will, muss mit Ja stimmen, wer es weiterverfolgen will, muss mit Nein stimmen. Jetzt geht es hier lustig zu.

(Heiterkeit)

Die CDU will es nicht weiterverfolgen?

(Unruhe)

Ich erkläre noch einmal, worum es geht. Bei der "Oberen Kohlplatte" ist die Empfehlung der Verwaltung, es weiterzuverfolgen. Es gibt von den Grünen einen Sondereinzelergänzungsantrag, es herauszunehmen. Wir stimmen jetzt über diesen Ergänzungsantrag ab. Wer jetzt mit Ja stimmt, möchte, dass die Fläche nicht weiterverfolgt wird.

Das waren 8 Gegenstimmen, der Rest ist dafür, das nicht weiterzuverfolgen.

Dann kommt "Im Horbenloch". Da war die Empfehlung der Verwaltung, es nicht weiterzuverfolgen. Es gibt einen Änderungsantrag von Seiten der SPD, es wieder hineinzunehmen. Über den Änderungsantrag stimmen wir jetzt ab. Wer mit Ja stimmt, nimmt es wieder in die Untersuchung mit hinein. - 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen und eine große Mehrheit dafür, es wieder hineinzunehmen.

Jetzt kommt die Abteilung, das sind die Flächen, die unserer West-Ost-Verschiebung zum Opfer gefallen sind. Ich würde Ihnen, um ein Restflächenkontingent zu bewahren, nahelegen, je nachdem, wie Sie die einzelne Fläche beurteilen, sie doch lieber wieder hineinzunehmen, damit wir unser Gesamtkontingent dann doch erfüllen können. Das entspricht auch dem, was die CDU vorgeschlagen hat.

Wir haben das "Husarenlager-Nord". Da bleibt es, wie es ist. Da brauchen wir nicht darüber abstimmen.

Dann kommt "Bellenäcker". Da war unsere Empfehlung, es herauszunehmen. Der Änderungsvorschlag war, es wieder hineinzunehmen. Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag ab. Wer es wieder drin haben will, muss mit Ja stimmen. 21 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen. Damit bleibt das weiter draußen.

Dann kommen wir zum "Distelgrund". Da wird jetzt über den Änderungsantrag abgestimmt, es wieder hineinzunehmen. Wer mit Ja stimmt, möchte, dass es diese Fläche weiter in der Prüfkulisse bleibt, entgegen der ursprünglichen Empfehlung der Verwaltung. Da haben wir wieder dieselbe Situation, 21 : 24.

Dann kommt "Hörgel". Da gilt dasselbe. Der Änderungsantrag lautet, es wieder hineinzunehmen. Das ist wieder gleiche Situation (21 Ja, 24 Nein).

Dann kommt die "MIRO Erweiterung". Da haben wir dieselbe Situation (21 Ja, 24 Nein). Ich verstehe nicht ganz, warum man gegen eine West-Ost-Verschiebung ist und dann die Wiederhineinnahme nicht mitträgt. Aber gut. Das sieht wieder genauso aus.

Dann haben wir "Knielingen-West I". Ich empfehle hier, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Das sieht wieder so aus.

"Knielingen-West II": Da haben wir wieder dieselbe Situation. Vielleicht können wir jetzt einmal die Karten einsammeln bei "Knielingen-West II". Das ist dieselbe Situation, wie wir sie bei allen Abstimmungen zu dieser 2. Kategorie hatten, damit wir noch einmal 100%ig sicher gehen, dass wir mit den 21 : 24 richtig gerechnet haben.

(Die Karten werden eingesammelt.)

Jetzt darf ich Sie noch einmal bitten, die ursprüngliche Beschlussvorlage hervorzunehmen. Denn bisher waren es nur Änderungsanträge in der entsprechenden Beschlussvorlage. Wir müssen natürlich noch die Beschlussvorlage insgesamt zur Abstimmung stellen.

Nun haben sich erhebliche Veränderungen ergeben. Deswegen schlage ich Ihnen zur Beschlussvorlage einen abgewandelten Text vor, denn ich brauche eine klare Beauftragung, mit dem Ergebnis im Nachbarschaftsverband die entsprechenden Dinge zu vertreten.

Statt dem ersten Passus, wie er auf der Beschlussvorlage ausgeführt ist, schlage ich Ihnen folgende Formulierung vor:

"Der Gemeinderat nimmt die Empfehlungen der Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe zu den Karlsruher Prüfflächen "Gewerbe" in der Vorlage des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe und die Voten der verschiedenen beratenden Gremien der Stadt Karlsruhe - beides modifiziert durch die Abstimmungen zu den heutigen Anträgen - zur Kenntnis."

Über den nächsten Satz müssen wir dann noch einmal abstimmen. Entschuldigung, da war ich jetzt zu langsam. Wir müssen erst noch über den nächsten Satz abstimmen, denn es war in dem gemeinsamen Antrag der Wunsch, dass der herausfällt.

Wer also dem Änderungsantrag zustimmt, den Satz mit der Notwendigkeit, die 34,8 ha Varianten darzustellen, herauszuschmeißen, der muss jetzt mit Ja antworten. Das ist wieder das gleiche Abstimmungsergebnis wie eben, nur umgekehrt (21 Nein, 24 Ja).

Dann würde ich Ihnen vorschlagen, unter der Ziffer 1 ist der zweite Satz gestrichen. Der erste Satz wird modifiziert durch die Abstimmung zu den heutigen Anträgen, so dass noch einmal klar ist, dass die dann Teil dieser Beschlussvorlage werden.

Unter Ziffer 2 schlage ich Ihnen den Satz vor, so wie er in der Vorlage steht:

"Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung ergänzend den Auftrag, auf dieser Basis Verhandlungen über interkommunale Kooperationen mit Nachbargemeinden zu führen."

Ich schlage Ihnen eine dritte Ziffer vor, die da heißt:

"Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, die Position der Stadt Karlsruhe auf der Grundlage der heutigen Beschlusslage in die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes einzubringen."

Denn im Gegensatz zur ursprünglichen Beschlussvorlage brauchen wir eine Beauftragung, damit ich agieren kann. Wir haben den Begriff "Zustimmung" vermieden, um

hier im Gemeinderat jedem die Möglichkeit zu geben, dieses Ergebnis jetzt auch im Grunde einzubringen. Ich habe auch keine andere Wahl.

Zu diesen drei Ziffern der jetzt so veränderten Beschlussvorlage bitte ich um das Kartenzeichen. - Einstimmig zugestimmt.

Vielen Dank. Damit stärken Sie mir den Rücken. Wir haben nach einer - wie ich finde - insgesamt sehr sachlichen Diskussion auch eine ganz klare Festlegung der weiteren Ausrichtung der Stadtpolitik. Das ist von der Wirtschaftspolitik her betrachtet eine durchaus schwierige Entscheidung, zumal Sie uns nicht nur Flächen weggeschossen, sondern auch keine neuen großen Flächen hinzugefügt haben. Wir werden dann zu gegebener Zeit darüber noch einmal miteinander ins Gespräch kommen müssen.

Ich möchte mich abschließend noch einmal bei Frau Dederer und allen, die im Nachbarschaftsverband und in der Verwaltung an der Vorbereitung tätig waren, bedanken. Ich glaube, es war eine unglaubliche Fleißarbeit, diese ganzen Steckbriefe zu diesen ganzen Flächen, die nicht nur in Karlsruhe liegen, zu erarbeiten. Das hat letztlich dann auch Ihnen die Sicherheit gegeben, hier unterschiedliche, aber aus Ihrer Sicht auch sehr klare Beschlüsse zu fassen. Dafür möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal ausdrücklich bedanken.

(Beifall)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
17. März 2014